

Zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm: Verkehrte Hoffnung auf eine bessere Welt

I.
Die Weltordnung der kapitalistischen Staaten: sind in ihr Not und Gewalt die Mittel für die Vermehrung von Macht und Reichtum, oder machen die Mächtigen einfach alles falsch?

Die Chefs der großen Nationen, die Weltmarkt und Weltpolitik bestimmen, treffen sich diesmal unter deutscher Leitung an der Ostsee, und eine breite Protestbewegung macht demonstrativ klar, dass sie von der „Ordnung“, die diese Mächte dem Globus aufnötigen, nichts hält. Ursächliche Zusammenhänge zwischen der Dominanz der G8 und dem Elend der Welt wissen die Wortführer des Protests auch anzugeben. Damit setzen sie sich ab von einer öffentlichen Meinung, die, nicht nur in Deutschland, alle Unverschämtheiten nachbetet, mit denen sich die demokratisch gewählten War Lords der westlichen Großmächte und all die ehrenwerten Instanzen der „1. Welt“ ins Recht setzen. Dagegen setzen die G8-Kritiker ihre eigene Weltsicht. Die wirft allerdings auch einige Fragen auf.

„Alle fünf Sekunden stirbt in der Welt ein Kind an Hunger, mehr als 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist eine ungerechte Welthandelspolitik, wie sie im Rahmen der G8 und anderer internationaler Institutionen von den reichen Industrieländern betrieben wird.“ (Eine andere Welt ist möglich! Aufruf zur Internationalen Großdemonstration in Rostock am Samstag, 2.6.2007)

Der kritische Blick geht immerhin in die richtige Richtung: Er fällt auf die Veranstalter der globalen Wirtschaftskreisläufe. Aber kann es wirklich sein, dass bloß ein *Mangel an Gerechtigkeit* in der Welthandelspolitik der Grund für weltweites Massenelend ist? Lässt sich zu den Zwecken dieser Politik nicht etwas Handfestes sagen – ungerecht zu sein, ist ja sicher nicht ihr Anliegen! Und wenn man die Prinzipien des Welthandels ins Auge fasst: Gehört da nicht die Scheidung zwischen Gewinnern und Verlierern, die Produktion von Reichtum und *Opfern* zum System – schließlich wird der Weltmarkt nicht aus Philanthropie, sondern als Konkurrenz um das Geld der Welt betrieben! Und gehört zu diesem System nicht eine eigene Sorte *Gerechtigkeit* – nämlich das Recht der Erfolgreichen?!

„Trotz der vollmundigen Versprechungen vom G8-Gipfel in Gleneagles 2005 wurde den Ländern des Südens bislang nur ein geringer Teil ihrer Schulden erlassen.“ (ebd.)

Kleinlich sind sie, die Großen; keine Frage. Aber ist das nicht der praktische Beleg dafür, dass der gesamten Schuldenerlass-Initiative lauter Berechnungen der Gläubiger zugrunde liegen, die mit einer durchgreifenden Statusverbesserung der überschuldeten Länder des Südens, geschweige denn einer anständigen Lebensperspektive für deren Bevölkerung nun wirklich gar nichts zu tun haben? Selbst wenn die internationale Gläubigerversammlung sich zu einem kompletten und sofortigen Schuldenerlass durchringen würde: Wäre der überhaupt eine Gunst, wenn die Geschäftsfähigkeit der Staaten – und, als deren Anhängsel, das Überleben ihrer Insassen – davon abhängt, dass sie mit ihren Bemühungen um *Kreditwürdigkeit* vor den großen *Kreditschöpfern* Gnade finden? Was hilft, kurz gesagt, eine Schuldenstreichung gegen die brutalen Regeln des globalen *Kreditsystems*?

„Indem sie Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben, haben die G8 Armut nicht nur im globalen Süden, sondern auch in den Industrieländern verstärkt. Die weltweite Plünderung von Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen wird beschleunigt.“ (ebd.)

So viel ist klar: Wo Mensch und Natur als Mittel verwendet werden, Geld zu erwirtschaften, also dazu, dass Unternehmer in aller Freiheit privaten Reichtum aus ihnen herausholen, werden die Menschen massenhaft verarmt und die natürlichen Quellen des Reichtums ruiniert. Der Grund dafür kann aber doch nicht darin liegen, dass die G8 es mit ihrer Politik der Förderung des globalen Geschäftemachens *übertreiben*! Die Kritik an diesem Irrsinn kann

doch wohl nicht so gemeint sein, dass Geschäftswelt und Staatsgewalt es beim Verelenden und Plündern *langsamer* angehen lassen sollten!

„Die G8-Staaten sind verantwortlich für 90 % der weltweiten Waffenexporte und eine neue Ära von Rohstoffkriegen. Sie sind Vorreiter einer auf Krieg gestützten Weltordnung, die in vielen Ländern zu Flucht, Vertreibung, neuem Hass und Gewalt führt.“ (ebd.)

Am Ende also doch ein klares Wort: Die Welt, so wie die großen Mächte sie ein- und zugeordnet haben, funktioniert nur mit *kriegerischer Gewalt*. Wer gegen Merkel & Co protestiert, soll wissen, womit er sich da anlegt: mit nichts Geringerem als einer ganzen „auf Krieg gestützten Weltordnung“, einem System von Herrschaft, Ausbeutung und Gewalt. Nur: Wenn dieser Befund wirklich so gemeint ist, wie verträgt er sich dann mit folgendem aufmunternden Versprechen?

„Dagegen wollen wir bei unserer Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock protestieren und die Alternativen dazu aufzeigen.“ (ebd.)

Alternativen aufzeigen – dazu?! Und: wem denn?! „Aufzeigen“, dass „es“ auch anders geht – das klingt so, als wäre weiter gar nicht viel dabei, eine ganze *mit Krieg verteidigte Weltordnung* aus den Angeln zu heben und zu ersetzen; als wollten die Gipfelkritiker sich anheischig machen zu zeigen, wie der ganze Laden sich auch *ohne* Verelendung und Gemetzeln managen ließe. Wer so denkt, der nimmt alle Behauptungen über eine *Weltordnung*, die auf Krieg „gestützt“ ist und Ausbeutungsinteressen bedient, schlichtweg zurück – oder hat sie so ernst überhaupt nie gemeint.

Den meisten der kritisch eingestellten Leute, denen Heiligendamm eine Demonstration wert ist, mag die Frage, wie die Weltordnung funktioniert, unwichtig vorkommen. Und tatsächlich braucht man über die Regularien des internationalen Kreditgeschäfts nicht im Einzelnen Bescheid zu wissen, um gegen das System Einspruch einzulegen, zu dem Schulden wie Waffen gehören und enorme Gewinne ebenso wie massenhaftes Elend. Genau in der Frage aber: ob der Protest dem System des Welthandels gilt oder bloß einer vermuteten Ungerechtigkeit beim Geschäftemachen, ob man zu den *Prinzipien* des kapitalistischen Menschenverschleißes und Naturverbrauchs *Nein!* sagt oder bloß zu ein paar Übertreibungen, ob man in der Ordnung der Welt, wie sie ist, den Grund für Gewalt und Krieg erkennt oder ein Problemfeld, das für bessere „Lösungen“ offen ist: in der Frage geht es ums Ganze. Daran entscheidet sich nämlich, ob man der „von der Dominanz der G8 geprägten Welt“ ihre Grobheiten und Gemeinheiten als letztlich *überflüssige Verfehlungen* vorhalten, also im Prinzip sein *Einverständnis* bekunden will, oder ob man die *Notwendigkeiten dieser Weltordnung* im Sinn hat und *denen* das Verständnis *aufkündigt*. Es geht um die Entscheidung, ob man sich an der Vorstellung erbauen möchte, die Welt könnte auch ohne ihre schlechten Seiten funktionieren, oder ob man sich klar macht, *warum* diese Welt über so eindrucksvoll schlechte Seiten verfügt, und in den *Gründen* die *Mittel* findet, ohne die dem ganzen Elend nicht beizukommen ist.

II.

„Eine andere Welt ist möglich“, wenn die Mächtigen alles richtig machen?

Die Vereine, die zum Protest gegen den G8-Gipfel aufrufen, haben sich entschieden. Sie fordern eine „andere Welt“ – und das ist die, die es gibt, ohne ihre schlechten Begleiterscheinungen:

„Gemeinsam mit Millionen Menschen in aller Welt sagen wir: Eine andere Welt ist möglich! Für die sofortige Streichung illegitimer Schulden und eine faire Entschuldung der Länder des globalen Südens! ... Für eine friedliche Welt! ... Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen bedeutet faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bedeutet Frieden, Gerechtigkeit, so-

ziale Sicherheit, Demokratie und Bewahrung der Lebensgrundlagen des Planeten für die nächsten Generationen.“ (ebd.)

Eines wollen die Kritiker des brutalen Weltgeschehens nicht mehr hören und glauben: dass es zu der Politik, die die Mächtigen machen, *keine Alternative* gäbe; dass überall da, wo Staatsgewalt und Geldmacht zuschlagen und Opfer schaffen, ein *Sachzwang* vorläge, dem sich zu widersetzen ebenso hoffnungslos wie unvernünftig wäre. *Dagegen* setzen sie ihre Parole von der Möglichkeit einer „anderen Welt“ – und schenken sich im Namen dieser Losung gleich jede Befassung mit den *wirklichen Gründen* für den Zustand der Welt, mit dem System *durchgesetzter Zwänge*, an denen der Wunsch nach einer besseren Welt beständig scheitert und die von der herrschenden Ideologie als grundvernünftige Sachzwänge heilig gesprochen werden. So kennen die Gipfelgegner z. B. einen Unterschied zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, aber von den Interessengegensätzen, die für so verheerende Wirkungen sorgen, wollen sie nichts weiter wissen. Mit der Tugend der Fairness wäre schon alles ins Lot zu bringen. Sie wissen von den internationalen Kreditverhältnissen und wünschen sich nur noch „legitime“ Schulden. Als wäre nicht die ökonomische Herrschaft des Gläubigers über den Schuldner das Kernstück jeden Kreditrechts. Die großen staatlichen Gläubiger sollen ihre „illegitimen“ Forderungen streichen – das hält man erstaunlicherweise für „möglich“. Denen ihre Kredit-

„Jobmotor“, „Jobwunder“ Zeitarbeit: Ein großer Schritt weiter in der Ökonomisierung des Personals

Eine Branche streift ihr schlechtes Image ab. Leiharbeit, lange Zeit verboten und von den Gewerkschaften als „*modernisierte Sklavenhaltung*“ geächtet, macht positive Schlagzeilen: Nach Angaben der Bundesagentur entstanden hier die Hälfte aller neuen Arbeitsplätze, und auch fürs neue Jahr versprechen Randstad, Manpower, Adecco und Co. „*zweistellige Zuwachsraten*“. Das Gewerbe schafft viele und – wie der Vorstandsvorsitzende des Weltmarktführers aus der Schweiz vermeldet – gute Jobs: „*Es gibt in jedem Fall einen ausreichenden Prozentsatz an Leuten, die Spaß daran haben, häufig woanders hin zu gehen. Nicht jeden Morgen in dieselbe Fabrik, in dasselbe Büro. Wenn ein Ingenieur zehn Jahre für denselben Autorückspiegel zuständig ist, weiß er darüber alles. Bessere Karrieremöglichkeiten hätte er bei uns, wenn er Projekte bei mehreren Autoherstellern kennenlernt.*“ (Adecco-Chef Scheiff, FAS, 14.1.)

Ob die Arbeitsplätze, die diese Branche schafft, wirklich so toll sind, ist im öffentlichen Meinungsbild umstritten, der Prognose Wolfgang Clements – als Ministerpräsident hat er Nordrhein-Westfalen zum Pionierland der Zeitarbeit in Deutschland gemacht –, wonach Zeitarbeit eine „*zentrale Rolle*“ bei den „*Lösungen der Probleme der Arbeitswelt von morgen*“ (FAZ, 8.1.) spielt, widerspricht jedenfalls keiner. Fragt sich nur, wer da in der Arbeitswelt von heute wie von morgen welche Probleme wie und womit löst.

1. Die entleihenden Kapitalisten

Wundersam ist am „Jobwunder“ Zeitarbeit nichts: Mit dem *Ausleihen* von Arbeitskräften treiben Unternehmer ihren Zweck voran, an Arbeit zu rentablen Preisen immer exakt das Quantum abzurufen, nach dem sie aktuell Bedarf haben. Sie ergänzen die Methoden, ihre Belegschaften auf das Minimum zu reduzieren, mit dem sich die nach Zeit und Menge unterschiedlich anfallenden Arbeiten verrichten lassen, um ein Verfahren, das sie durchgreifend von den *Kosten entlastet*, die ihnen aus der Bereithaltung von Personal erwachsen: Sie trennen dessen *Benutzung* einfach von allem finanziellen *Aufwand* ab, mit dem sie sich bislang seiner dauernden *Verfügbarkeit* versicherten. Um garantiert nur die Arbeit zu zahlen, die sie verrichten lassen, *leihen* sich die Unternehmer ihr *Personal befristet* aus – und schon eröffnet sich ihnen ein neues Freiheitsparadies bei der Wahrnehmung ihres Berufes.

macht zu nehmen, davon ist nicht die Rede, wohl weil man so viel „Änderung“ als nicht so leicht „möglich“ und deshalb nicht nötig ansieht. Die G8 sollen aufhören, „*wirtschaftliche und machtpolitische Interessen militärisch durchzusetzen*“ – als wären die *anders* durchzusetzen; als wären die G8 immer noch die G8, wenn sie sich bei ihrer Weltherrschaft auf das beschränken, was sich zwanglos unter Freunden regeln lässt.

Freilich, bloß fromme Wünsche sollen die Beschwörungen einer „anderen Welt“, die die Protestbewegung den Weltmachthabern entgegenschleudert, nicht sein. Der Agenda des Gipfels von Heiligendamm haben dessen Kritiker vielmehr entnommen, dass die Mächtigen selber Riesenprobleme mit ihrer Weltordnung thematisieren – und die tragen die gleichen Titel wie diejenigen, die die verarmten Massen und sie selber als deren globalisierungskritische Freunde und Anwälte mit dieser Ordnung haben. Das *wohlverstandene Eigeninteresse* der G8 wäre also der Ansatzpunkt und die Gewähr dafür, dass eine Alternative zu der Politik, mit der sie die Welt verwüsten, *wirklich* „möglich“ ist. So zum Beispiel in Sachen *Klimawandel*:

„Die Unfähigkeit der G8, zukunftsweisende Politik zu betreiben, ist auch im Energiesektor offenkundig. ... Wird die Knappheit erst mal spürbar, spitzt sich der Konflikt um Energie zu. ... Die G8 ziehen aber nicht die offensichtlichste aller Schlussfolgerungen: **Fossile Energien sind nicht die Lösung.**“ **Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben**

Man ahnt ja kaum, unter wie vielfältigen aufgezwungenen Rücksichtnahmen ihr Zugriff auf die produktiven Leistungen ihres fest angestellten Personals bislang gelitten hatte: Bei guten Geschäften wollten sie ja schon immer Leute zum Benutzen einstellen, konnten die aber dann, wenn sie nach ihnen keinen Bedarf mehr hatten, so schnell nicht wieder los werden – was Wunder daher, dass sie dazu die Gelegenheit wahrnehmen, wenn es sie gibt: „*Mittelständische Betriebe, aber auch große Konzerne ergänzen ihren Stamm an fest angestellten Mitarbeitern um einen flexiblen Pool an Zeitarbeitskräften zur Deckung zusätzlichen Bedarfs bei Auftragsspitzen und Projekten.*“ (E. Gatzke, Randstad Geschäftsführer, FAZ, 8.1.) Dann mussten sie sich dauernd den kostspieligen Luxus leisten, so viel Personal vorzuhalten und zu bezahlen wie nötig, um eventuell auftretende Besetzungslücken zu schließen – logisch, dass der Wegfall dieses Aufwands für sie ein einziger Auftakt dazu ist, Beschäftigung zu schaffen: „*Der größte Vorteil ist, Leute kurzfristig und auch für kurze Zeit zu bekommen*“, sagt *Schlachta* (ein Personalchef). *Ob für Urlaubsvertretungen, an Feiertagen oder für krankheitsbedingte Ausfälle, bei denen kurzfristig Personalersatz zur Stelle sein muss.*“ (SZ, 16./17.12.) Und dann hatten sie bei der Kalkulation der Personalkosten immer die Tariflöhne zu berücksichtigen, obendrein den dicken Posten einzurechnen, der an die staatlichen Sozialkassen abzuführen ist und unter der Rubrik *Lohn-, Nebenkosten* zu Buche schlägt: Bei Arbeitskräften, die man sich ausleiht, fällt das einfach weg! Und schon ist eine Methode zur Senkung der Arbeitskosten ein „Jobmotor“: „*Personalleasing (ist) mittlerweile zu einem festen Bestandteil der langfristigen Personalplanung geworden.*“ (FAZ, 8.1.) „*Die deutsche Wirtschaft setzt die Zeitarbeit nicht nur zur Überbrückung vorübergehender Engpässe ein, sondern zunehmend als Instrument der strategischen Personalplanung. ... In den vergangenen 12 Monaten erhöhte fast jedes zweite (von 175 befragten Großunternehmen) den Anteil der Leihkräfte. Knapp jedes dritte gab an, inzwischen mehr als zehn Prozent fremdes Personal zu beschäftigen. Fast jedes zehnte Unternehmen arbeitet inzwischen sogar zu mehr als 30 Prozent mit geborgten Kräften.*“ (Handelsblatt, 26.3.) Arbeiter ausleihen und nach Gebrauch zurückgeben, ist also ein riesiger Befreiungsschlag für den ka-

Fortsetzung Seite 2, Spalte 2 Mitte

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Geldtheorie:

Die Geldfunktionen

Was seit einigen tausend Jahren als Musterbeispiel eines Denkfehlers gilt und was selbst hartgesottene Kreuzworträtsellöser als Anschlag auf ihre Intelligenz empfinden, genau das liefert in der VWL den Einstieg in die Theorie des Geldes. Eine Definition nämlich, die in zirkulärer Weise von eben dem Begriff Gebrauch macht, den sie zu erklären vorgibt: „Ganz allgemein kann man unter Geld oder Zahlungsmitteln alles verstehen, was im Rahmen des nationalen Zahlungsverkehrs einer Volkswirtschaft generell zur Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen akzeptiert wird.“ (Jarchow, Geldtheorie, Bd. I., S. 13)

Mit dieser Eröffnung – gerade so schlau, als würde man z.B. den Personalausweis als alles das definieren, womit man sich bei einer Ausweiskontrolle ausweisen kann – steht eines von vornherein fest: Eine Auskunft darüber, was Geld oder die ökonomische Tätigkeit des Zahlens ist, kann und darf man von einer einschlägigen Lehrveranstaltung der VWL nicht erwarten. Sie weiß es wirklich nicht. Umso emsiger widmet sie sich dem Gedanken, dass das Geld ungeheuer wichtig ist.

Und warum soll das so sein? Ist doch klar:

Geld löst monetäre Probleme

Dieser Beweis wird in dem Kapitel über Geldfunktionen geführt. Dass dessen geistiger Reintrag gleich Null ist, lässt sich schon vorher sagen: Wer Geld definiert als alles, was als Geld benutzt wird, kann umgekehrt an Geldfunktionen schwerlich mehr entdecken, als dass es eben für den Geldgebrauch bestimmt ist. Zu diesem tautologischen Ergebnis kommt die VWL tatsächlich, und zwar gleich dreimal:

1. Tauschmittel:

Mit dieser Funktion soll der allergehörlichste Umgang mit dem Geld, seine Rolle in den Transaktionen, die jeder täglich vollzieht, benannt sein. Bloß: Was getauscht wird, ist Geld gegen Ware und umgekehrt. Wenn aber deshalb das Geld mindestens ebenso wie die Waren Zweck und Gegenstand des Tausches ist, so kann es nicht zugleich dessen Vehikel sein. Für den Käufer ist Geld ein Mittel, aber eben nicht für den Tausch, sondern um in den Besitz von Gegenständen zu gelangen, die durch ihr Preisschild jeden direkten Zugriff verbieten. Und der Verkäufer will gerade seine Kasse füllen: Geld als Mittel des Verkaufs ist genauso absurd, wie wenn man sich die Zähne als Mittel zum Zähneputzen denken wollte. Nur Kinder, die Kaufläden spielen, betrachten die Transaktionen als ein Vergnügen für sich, so dass ihnen die Spielnoten und Schokoplätzchen dabei tatsächlich Mittel des Tausches sind.

2. Recheneinheit:

Dass mit Geld gerechnet wird und dazu auch eine Einheit nötig ist, kann nicht bestritten werden. Bloß ist zu fragen, was denn da berechnet wird. Doch wohl der Preis von Waren (oder die Höhe monetärer Verpflichtungen), und dieser ist nun mal nichts anderes als die Geldsumme, die verlangt wird. Die Leistung des Geldes wäre also, Geldgrößen erst messbar zu machen, die schon feststehen.

Glauben Ökonomen ernsthaft, das Geld sei eingeführt worden, damit man sagen kann, was z.B. die 55-Cent-Briefmarke kostet?

3. Wertaufbewahrungsmittel:

Wie bei den anderen Funktionen gilt: Was in den Sparstrümpfen und anderen Behältern aufgehoben wird, ist Geld. Und Geld als Mittel des Geldaufhebens ist genauso doof wie Obst als Mittel fürs Eingemachte.

Dass hier schlichtweg Geldbesitz als Zweck unterstellt ist, wird auch deutlich an den vorgeschlagenen Wertaufbewahrungsalternativen. Die Mona Lisa und Grundstücke, wiewohl seit Jahrhunderten als „Wertaufbewahrungsmittel“ bewährt, sollen nämlich den Nachteil haben, bloß unter Schwierigkeiten in Geld verwandelbar zu sein. Von wegen also Wertaufbewahrung!

Übrigens: Wenn man sich vorstellen will, dass es beim Preisberechnen oder Geldsparen um einen selbstständigen, vom Geld unabhängigen Zweck geht – das Berechnen oder Aufheben von Wert –, dann muss man eben auch ein apartes Wesen namens „Wert“ postulieren. Ein Wesen, das ein jeder Ökonom sonst immer vehement als „metaphysische“ Erfindung leugnet, das sich nun aber mit dem geschickt er-

fundenen Werkzeug „Geld“ bequem in die Tasche stecken lässt.

Ohne Geld keine Geldwirtschaft

Diesen dreifach variierten Blödsinn, dass das Geld dem Umgang mit Geld dient, meint die VWL deshalb nicht gemacht zu haben, weil sie ihn unter Rekurs auf eine gänzlich geldlose Wirtschaftsweise zu Tage fördert.

Sie stellt ein Gedankenexperiment an: Wenn es das Geld nicht gäbe, was gäbe es dann ebenfalls nicht? Die einzige logische Antwort auf diese Frage ist aber keine Bestimmung des Geldes selbst, sondern ein Rattenschwanz von Phänomenen, die auf dem Geld irgendwie beruhen. Ohne Geld z.B. kein Kleingeld, kein Bankraub, kein Finanzminister, keine Geldvorlesung usw. Durchaus nicht logisch ist es, wenn der Ökonom sich nun stattdessen ein Ding namens „Tauschwirtschaft“ einfallen lässt:

Ein großer Schritt weiter in der ...
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

pitalistischen Zugriff auf Arbeitskraft – und dazu noch ein Geschäftszweig eigener Art.

2. Das Geschäft der Zeitarbeitsfirmen

Die Lagerhaltungskosten der lebendigen Arbeit in derselben Weise zu ökonomisieren wie moderne Fabriken das mit den sachlichen Bestandteilen ihres Kapitals schon länger tun: Das ist der Dienst, den Zeitarbeitsfirmen kapitalistischen Produzenten leisten. Der ist die allererste Grundlage ihres Geschäfts, denn diese Leistung lassen sie sich honorieren, so dass sich das Verleihen von Arbeitskräften auch für sie lohnt. Sie gründen einen „Mitarbeiterpool auf Abruf“, indem sie Leute ohne Arbeit fest bei sich anstellen. Die Verträge sind, wie es so schön heißt, „über die Sozialversicherungen abgesichert“, laufen entweder befristet auf die Dauer der jeweiligen Entleiherung oder über sie hinaus, wobei in letzterem Fall und immer dann, wenn die Angestellten gerade nicht nachgefragt werden, die Techniken der ‚Flexibilisierung‘ auch auf sie angewandt werden, zu deren Perfektionierung anderswo sie zur Verfügung stehen: „Arbeitszeitkonten“, deren Auffüllung sich mal mit 10 oder 20, mal mit 60 wöchentlichen Arbeitsstunden gestaltet, Überstunden, die mit verbleibenden Zeiten „entgolten“ werden, usw. Der Lohn, den sie erhalten, wird im Subtraktionsverfahren ermittelt: In den Preis, den die entleihenden Kapitalisten für die geleistete Arbeitszeit an die Verleihfirma zu zahlen haben, kalkuliert die ihre Betriebskosten und ihren Profit mit ein, was übrig bleibt, ergibt die kalkulatorische Lohnsumme, die an ihre Angestellten geht. Entgegen einem kursierenden Gerücht sind es nicht nur Hungerlöhne, die dabei herauskommen. Es gibt Ingenieure und andere „hoch spezialisierte Kräfte“, deren Dienste sich manche Firmen sogar eine überdurchschnittliche Bezahlung kosten lassen. Daran profitiert dann auch die verleihende Firma überdurchschnittlich und entgelt diesen schönen Effekt ihrem Angestellten. Ansonsten freilich ist das Gerücht, eine Bande von Blutsaugern wäre da am Werk, überhaupt kein Gerücht: „Ein Zeitarbeitnehmer, der zuvor als stellvertretender Lagerleiter ... 1.498,76 Euro netto verdient hat, erhält bei Randstad 765,95 Euro für angeblich hoch qualifizierte Tätigkeiten.“ (Sozialreport Zeitarbeit, IG-Metall, 15.3.) „Bei Daimler-Chrysler (erhielten) einige bisher befristet Beschäftigte nun als Leiharbeiter für die gleiche Arbeit 20 Prozent weniger Geld.“ (MAZ, 17.5.) Aber das ist ja auch nicht weiter erstaunlich: Das Geschäft mit dem Dienst, den die Verleihfirmen für ihre Kunden versehen, beruht nämlich zweitens auf der Billigkeit des Preises, zu dem ihnen ihr menschliches Geschäftsmittel zur Verfügung steht. In seiner übergroßen Masse setzt sich dies aus denen zusammen, die die Unternehmen über die letzten Jahre hinweg einer weiteren Verwendung für unbrauchbar befunden und aus ihren Betrieben hinausortiert haben. Diese Leute durften eine Karriere als sozialpolitische Betreuungsfälle durchlaufen, in der sie nicht nur praktisch darüber belehrt wurden, dass im Sozialstaat ein Lebensunterhalt ohne „Beschäftigung“ nicht im Programm ist: Der Staat hat –

„Eine auf Arbeitsteilung beruhende Tauschwirtschaft erfordert, will sie ohne größere Schwierigkeiten funktionieren, ein allgemein anerkanntes Zahlungsmedium; sie muß also ... eine Geldwirtschaft sein. Ist sie es nicht, dann muß eine Wirtschaftseinheit, die z.B. ein Gut A gegen ein Gut Z eintauschen mochte, viel Mühe darauf verwenden, einen Tauschpartner zu finden, der erstens das Gut A erwerben und zugleich das Gut Z abgeben möchte. Eine andere Möglichkeit besteht in einer Tauschwirtschaft nur darin, das Gut A gegen ein Gut B einzutauschen und dieses im günstigsten Fall direkt, sonst über eine Kette weiterer Transaktionen dafür zu benutzen, in den Besitz des gewünschten Gutes Z zu gelangen. Da die erste Möglichkeit einen beträchtlichen Informationsstand voraussetzt und deshalb auch nur recht selten zu realisieren sein dürfte und die zweite Möglichkeit recht kompliziert und aufwendig sein kann, liegt es nahe, vom Naturaltausch abzugehen und ein allgemein akzeptiertes Tauschmittel einzuführen.“ (Jarchow, S. 14) Für den Beweis der Nützlichkeit des Geldes strampelt sich so ein Ökonom schon gehörig ab: Er denkt sich „unsere moderne Volkswirtschaft“, in der alles aufs Geld ankommt, ein-

und dies ist die dritte Voraussetzung, auf der das Verleihgeschäft mit ihnen beruht – dafür Sorge getragen, dass „Beschäftigung“ – zu welchem Preis auch immer – auch für sie zum praktizierten (Überlebens-)Zweck wird. Für seine ihm auf der Tasche liegenden, kapitalistisch nicht gebrauchten Massen hat er Wege eröffnet, sich doch irgendwie brauchbar zu machen – und in dem Zuge die Zeitarbeit, die er über Jahre nur restriktiv, als rechtlich beschränkte und zu beschränkende Ausnahme vom arbeitsvertragsrechtlichen Regelfall tolerierte, als seinen Hebel fürs „Schaffen von Beschäftigung“ entdeckt. Erst „vermitteln statt verwalten“, dann „vermarkten statt vermitteln“, heißt die Devise für den sozialpolitischen Umgang mit Arbeitslosen. Für die wird Leih- und Zeitarbeit als „zumutbare Arbeit“ definiert, die einer anzunehmen hat, will er nicht sein Recht auf Unterstützungszahlungen verwirken, und damit die Zumutung auch stattfinden kann, schafft man den passenden rechtlichen Rahmen: Private Agenturen dürfen sich der lästigen Kostgänger des Sozialstaats annehmen, die der unbedingt loswerden will. Sie können ab sofort Arbeitskräfte unbefristet verleihen, nachfragende Firmen können Personal auch befristet einstellen, sooft sie wollen, die Anstellung bei der Zeitarbeitsfirma darf auch „synchron“ gestaltet werden, d.h. exakt so lange dauern, wie der Entleihbetrieb die Arbeitskraft braucht – und prompt regnet es die Chancen auf den ‚Arbeitsmarkt‘ nur so herunter: „Damit eröffnen sich auf dem Zeitarbeitsmarkt im Gegensatz zum regulären Arbeitsmarkt auch noch Chancen für gering oder gar nicht qualifizierte Kräfte.“ (SZ, 16./17.12.)

3. Der gewerkschaftliche Kampf gegen Zeitarbeit

Wo sich bei der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ auf einen Schlag so viel tut, kann und will der DGB natürlich nicht abseits stehen. Um nichts anderes kämpft er ja vornehmlich, und wenn nun das, was er mal als Sklaverei gebrandmarkt hat, zur kapitalistischen „Realität“ wird, fehlt der nur noch eines: Eine Gewerkschaft, die diese „Entwicklung“ verantwortungsvoll mitgestaltet. Also schließt der Dachverband der deutschen Gewerkschaften in Gestalt der Chefs seiner Mitgliedsverbände mit dem Arbeitgeberverband der Zeitarbeitsfirmen einen Tarifvertrag ab, der den „besonderen Bedingungen“ der Zeitarbeit Rechnung trägt – in der Hauptsache besteht die Besonderheit dieser Bedingungen in Stundenlöhnen, die deutlich unterhalb des geltenden tariflichen Niveaus liegen, im Osten der Republik natürlich noch deutlicher darunter. Und kaum hat darüber auch diese ‚Branche‘ ihren Tarifstandard erhalten, fangen die Einzelgewerkschaften im DGB entschlossen gegen die Zeitarbeit zu kämpfen an: „Zeitarbeit untergräbt Tarifstandards“, lässt die IG-Metall vorwurfsvoll wissen, findet es „skandalös“, „dass in den Betrieben gleiche Arbeit nicht gleich bezahlt wird“ – als ob beides nicht gerade der Sinn und Zweck dieser Methode des Stiftens von „Beschäftigung“ wäre! Zum Klassenkampf wird aufgerufen, nämlich zum „entschlossenen Kampf gegen die zunehmend um sich greifende Zweiklassengesellschaft in den Betrieben“ – als hätte man dieser „Spaltung der Belegschaften“ in Stammpersonal und anderes nicht gerade seinen allerhöchsten tarifrecht-

mal ohne Geld (was er Tauschwirtschaft nennt) und stellt sich auf dieser Grundlage die Frage, wie „kompliziert“ es doch wäre, die Probleme von Kauf und Verkauf (was für ihn so immer dasselbe ist wie tauschen; nur: beim Verkauf herrscht der Zweck Geld zu machen, beim Tausch nicht!) zu lösen. Wie kompliziert wäre es doch, einen Krawattenknoten zu binden, wenn es keine Krawatten gäbe.

Diese Tauschwirtschaft soll es also einerseits ganz unabhängig vom Geld geben, damit sie legitimerweise ein Bedürfnis nach Geld anmelden kann. Andererseits soll sie mangels Geld unter derart vielen Komplikationen, Informationsproblemen, Unkosten etc. pp. leiden, dass sie so wenig lebensfähig ist wie ein Kalb mit zwei Köpfen, also schwerlich je die Gelegenheit erhalten kann, ihren Wunsch nach Geld in die Tat umzusetzen. Diese Tauschwirtschaft, irgendwie zwischen Existenz und Nichtexistenz angesiedelt, ist ein Hirngespinnst des Ökonomen: als ideeller Wirtschaftsorganismus steht sie geheimnisvoll hinter all den täglichen Geldgeschäften und Transaktionen und verleiht diesen erst den tieferen Sinn.

lichen Segen erteilt! Und der Chef des Vereins, der mit dieser Lachnummer seine kämpferische Aufwartung macht, gibt dann das erste Etappenziel dieses Widerstands bekannt. Angesichts der Tatsache, dass von christlichen Gewerkschaften vereinbarte Löhne noch niedriger sind als die, die er mit seinem Dachverband mit den Vertretern der Zeitarbeitsbranche ausgemacht hat, verlangt der Herr Peters von der Regierung, sie „solle die Vereinbarung für allgemeinverbindlich erklären, die die DGB-Gewerkschaften mit dem Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen abgeschlossen haben. Sie sieht einen Mindest-Stundenlohn von 6,10 Euro (neue Länder) und 7 Euro (alte Länder) vor“ (lt. Tagesspiegel, 15.3.). Die Betreuung einer schon so bedeutsamen und „immer bedeutender werdenden Branche“ in den Händen einer Konkurrenzgewerkschaft: Das ist für den DGB wie seine Mitgliedsverbände in der Tat das Allerschlimmste, was dem Leihpersonal der Ausbeutung passieren kann!

*

Währenddessen gehen kapitalistische Großbetriebe – Infineon, Airbus, Daimler-Chrysler ... – die Fraktionierung ihrer Belegschaften in großem Stil an; „strategisch“, wie das bei ihnen heißt. In so gut wie allen Schwergewichten der deutschen Industrie, in der Autobranche wie üblich vorneweg, werden ganze Fertigungsabteilungen im Betrieb zu Inseln von Beschäftigten, für die das gewerkschaftliche Tarifwerk einer IG-Metall von vorneherein nicht gilt. BMW beispielsweise setzt den Irrsinn einer ‚atmenden Fabrik‘, in der ein streng am Absatzerfolg orientiertes Kostenregime auch die „Personalflexibilität“ regiert und die Belegschaft mal an 60, mal an 140 Wochenstunden Betriebszeiten anpasst, gleich mit der Gründung seiner Leipziger Zweigniederlassung ins Werk: Ein Drittel der Belegschaft wird von entsprechend verfügbaren Leiharbeitern gestellt, weil, wie ein BMW-Sprecher verkündet, „mit dauerhafter Personal so etwas möglich wäre.“ „So etwas“: Damit meint er die Selbstverständlichkeit, mit der sich seiner Auffassung nach wechselnde Kapazitätsauslastungen bei der Fertigung unmittelbar in die betriebliche Kommandogewalt über das Personal zu übersetzen haben, mit der sich frei über dessen Entlohnung und fast beliebig über dessen Arbeitszeit verfügen lässt. Und weil ein moderner Betrieb ohne praktischen Gebrauch dieser Selbstverständlichkeit sich außerstande sieht, Leuten überhaupt noch die Gnade ihrer Beschäftigung zu erweisen, haben bei BMW auch die Festangestellten etwas vom reichlichen Einsatz des ambulanten Dienstpersonals: „Die Zeitarbeit trägt damit zur Sicherheit der Stammarbeitsplätze bei“ – und so kommen alle Belegschaftsmitglieder, so unterschiedlich sie arbeiten und bezahlt werden mögen, doch wieder gemeinsam zum höchsten Gut aller Lohngerechtigkeit – einem „sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz“!

Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

**Verkehrte Hoffnung auf eine ...
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 Mitte**

sung der Energiefrage, sondern verursachen erst die Probleme. ... All dies passiert, obwohl die Alternativen zum fossilen Pfad klar auf der Hand liegen. Nicht die verfehlte Politik der G8 brauchen wir, sondern eine massive Förderung erneuerbarer Energien. Sie sind umweltfreundlich, friedenspolitisch sinnvoll und wohlfördernd. Sie schaffen Arbeitsplätze.“ (Attac, G8-Infoheft, November 2006)

Genau besehen sind es also gar nicht die wirtschafts- und machtpolitischen Interessen, mit denen die Weltmächte den Globus ins Verderben stürzen, sondern deren falsche Mittel: Es sind die „fossilen Energien“, die „erst die Probleme machen“, an denen nicht bloß die Betroffenen leiden, sondern vor allem die Mächtigen selber. Erfreulicherweise liegt die machbare Alternative hier so „klar auf der Hand“, dass man sich vergeblich fragt, wieso die G8 an ihrer „verfehlten Politik“ eigentlich so zäh festhalten. Die Pfadfinder der „erneuerbaren Energien“ machen eben einen Fehler: Über den wirklichen, standort- und weltordnungspolitischen Inhalt der nationalen Interessen, die die Großmächte unter dem Titel „Klimaschutz“ verfolgen, über die damit neu aufgemachten internationalen Konflikte ebenso wie über die daraus abgeleiteten innernationalen Verzichts-diktate sehen sie einfach hinweg und glauben stattdessen die fadenscheinigsten offiziellen Ideologien zu Merkel-Gabriels neuer Energiepolitik: „umweltfreundlich, friedenspolitisch sinnvoll und wohlfördernd“.

Noch wüster die Empfehlungen zur Lösung des Kriegs-„Problems“:

„Liegt die Lösung der Konflikte wirklich in militärischen Interventionen? ... Studien der Weltbank beweisen, dass auch neutrale oder multilaterale Interventionen die Konfliktdauer nicht verkürzen. Leider ziehen die reichen westlichen Staaten aus solchen Fakten nicht den Schluss, Militär als Instrument zur Herstellung von ‚Sicherheit und Ordnung‘ in ihrer Außen- und Innenpolitik kritisch zu hinterfragen, sondern verstärken ihre militärischen Aktivitäten. ... Sinnvoller und effektiver als ‚Friedens‘-truppen zu finanzieren, ist die Bekämpfung der Armut.“ (ebd.)

Krieg – eine schlechte Konfliktlösungsstrategie? Armutsbekämpfung – der billigere Weg zum gleichen Ziel?! Auf eine so einfühlsame Deutung von Militäreinsätzen muss man erst einmal kommen. Haben diese Kriegskritiker nicht mitgekriegt, dass das einzige „Problem“, das Kriege „lösen“, die Existenz einer feindlichen Gewalt ist, die einer militärisch potenten Macht im Weg steht? Haben sie übersehen, dass es im Kriegsfall um schleunige „Konfliktlösung“ allein in dem Sinn geht, den Gegner möglichst blitzartig zur Kapitulation zu zwingen? Merken sie nicht, wie absurd es deswegen ist, Krieg an dem Kriterium der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu messen und als dafür untauglich zu verwerfen? Haben sie ihren eigenen Vorwurf, mit Kriegen würden „machtpolitische Interessen durchgesetzt“, gleich wieder vergessen? Bestätigt fühlen diese Friedensfreunde sich auch noch durch die Weltbank, wenn die errechnet, Bomben und Granaten seien unrentabel. Wollen sie sich deren zynisches Kalkül zu eigen machen? Und finden sie wirklich nichts dabei, Armutsbekämpfung unter dem Gesichtspunkt zu empfehlen, dass damit Kriegsziele billiger zu erreichen wären? Klar, an die Ziele wirklicher Kriege denken sie dabei nicht. Aber das ist gerade das Merkwürdige: Ausgerechnet beim Kritisieren nehmen die Gipfelkritiker es mit der Realität nicht so genau; stattdessen übernehmen sie alle schönfärbischen Sprachregelungen von wegen „Frieden schaffen“ und „Konflikte lösen“, mit denen zivile demokratische Befehlshaber ihre Feldzüge bewerben, und nehmen sie für bare Münze, um die kriegerische Realität an solchen fiktiven Zielen zu blamieren.

Die Gipfelkritiker üben eine ganz eigene Art kritischer Solidarität mit ihren Kriegsherren, indem sie an deren Sorgen um die Weltordnung, nämlich um die Unterordnung der restlichen Staatenwelt, ihre Sorge um eine gewaltfrei geordnete Welt herantragen: Die eigene idealistische Problemsicht unterstellen sie als das große Weltproblem, an dessen Lösung die Verantwortlichen sich mit dem untauglichen Mittel des Krieges zu schaffen machen, logischerweise vergeblich. „Aufzeigen“ wollen sie allen Ernstes, dass ihre „andere Welt“, in der die Sorgen und Nöte der Opfer berücksichtigt

werden und von der die Machthaber immerzu nichts wissen wollen, die einzig tragfähige oder jedenfalls billigste Lösung auch und gerade für die Drangsale der Großen und Mächtigen selber wäre.

Nach diesem Muster arbeiten sich die G8-Kritiker durch die gesamte Agenda der Heiligendamm-Veranstaltung. Idealistisch bis zur Realitätsblindheit und dabei ganz auf den Nachweis der Realitätstüchtigkeit ihrer „anderen Welt“ erpicht, präsentieren sie sich als Ratgeber der Weltpolitik, die böswillig oder aus Dummheit verkennt, was Globalisierung eigentlich sein soll: ein großes Gemeinschaftsunternehmen von Herrschern und Völkern für das schöne Ziel, aus der Welt „a better place“ zu machen. Ihr markiger Protest gegen die Politikerbande von Heiligendamm gerät so zu einer kämpferischen Grußadresse an die Zuständigen.

III.

Wie lässt sich die Politik dazu bringen, die Weltprobleme zu lösen?

In einem Punkt lassen die G8-Gegner sich nichts vormachen: Die Figuren, die sich aktuell an der Ostsee zu ihrem Jahrestreffen versammeln, sind Heuchler, das steht für sie fest. Auf die Sprüche, die die Urheber der brutalen Realität im Munde führen, mit denen sie ihre Taten als Lösungsversuch von davon unabhängigen Menschheitsproblemen propagieren, wollen sie alle nichts kommen lassen. Die Geister der Bewegung scheiden sich aber an der Frage, ob und wie man die Mächtigen der Welt auf ihre Phrasen verpflichten kann. Die gemäßigte Mehrheit interpretiert die berechnende Verlogenheit der Politiker als politische Chance, mit Protest Wirkung zu erzielen. Die Legitimität ihrer Macht, so meinen sie, hinge davon ab, dass man ihnen ihre Sprüche glaubt, und letztlich auch ihre Macht selber. Daher kämen sie nicht darum herum, nach den Sprachregelungen, die sie benutzen, auch zu handeln. Und damit seien sie zu packen.

„Sie delegitimieren sich in den Augen der Öffentlichkeit, wenn sie die Probleme nicht gelöst bekommen, die sie zu lösen beanspruchen. Für Umwelt- und Entwicklungsorganisationen ist dies der Hebel, politisch im Sinne unserer Forderungen und Ziele voranzukommen.“ (Wer nichts fordert, erreicht auch nichts, FR, 19.5.2007)

Nun lehrt schon die Erfahrung, dass für demokratische Politiker wenig dazu gehört, ihre Politik so zu interpretieren, dass Taten und Moral ganz gut zusammenpassen; zumal das normale Publikum es mit dem Verhältnis zwischen Berechnung und Schönfärberei erstens überhaupt nicht so genau nimmt und zweitens schon gleich nicht bei Politikern, von denen es sowieso mehr Machtentfaltung als praktizierten Idealismus erwartet. Wenn es denen ihre Bekenntnisse zu den Idealen einer heilen Welt nicht glaubt, dann steht allenfalls ein schöner Schein, nicht aber die Macht selber auf dem Spiel. Nur wenn man diesen Schein für die eigentlich treibende Kraft in der Welt der Politik hält und alle politischen Berechnungen ignoriert, die sich bedarfsweise passender Idealisierungen bedienen, dann sieht man sich in der Lage die Politik damit erfolgreich zu beeinflussen. So kriegt die Mehrheitsfraktion der G8-Kritiker den Übergang hin von demonstrativer Illusionslosigkeit, was den guten Willen der amtierenden Weltpolitiker betrifft, zu einem Realismus, der die Verwirklichung der Möglichkeit einer „anderen Welt“ voll und ganz dort belässt, wo sie sind und nach demokratischer Sitte auch hingehören: bei der Obrigkeit. Man gefällt sich in dem Schein politischer Wirksamkeit eines Protests, der darauf angelegt ist, die Mächtigen zu betören. Der radikale Flügel der Bewegung findet es verkehrt, mit „Forderungen für eine andere Politik an die G8“ heranzutreten (Bundeskoordination Internationalismus (Buko), Frankfurter Rundschau: Mehr als ein Gipfelsturm, FR, 19.5.2007). Die Regierenden zu einer besseren Politik aufzufordern, damit deren Zuständigkeit anzuerkennen und sich so gegen eine Absage an die herrschenden Verhältnisse und deren Macher zu entscheiden, das halten die Buko-Leute für falsch:

„Weite Teile der G8-Mobilisierung richten sich deshalb im Kern gegen die Annäherung der Regierungen, die vorgeben, die Probleme der Welt zu lösen, die sie selbst maßgeblich mit verursachen. Weder

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“

Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

Arbeit und Reichtum

„Mein Geld muss genauso hart arbeiten wie ich“, warb Berti Vogts seinerzeit für eine gute Bank. Nicht ausgelassen hat er sich über die Frage, woher Geld die Fähigkeit besitzt, die allgemein „arbeiten“ heißt und genau das Gegenteil bezeichnet: Sich wie von selbst zu vermehren. Irgendwo wird schon noch gearbeitet werden müssen. Von wem und wie, ist eine andere Frage – die nämlich nach dem Charakter der Arbeit in diesem besten aller Wirtschaftssysteme. Was die wirkliche Arbeit angeht – die, die gegen Geld verrichtet wird –, so bringt sie dem, der sie verrichtet, selten soviel ein, dass er sein Geld für sich „arbeiten“ lassen könnte. Arbeit gegen Lohn, das weiß jeder, hat es an sich, dass von ihr andere reich werden. Wie und warum, das ist schon wieder eine andere Frage – die nämlich nach der Eigenart des Geldes, das Kapital heißt und sich durch die Arbeit anderer vermehrt. Und noch etwas fällt auf, wenn es um Geld und Arbeit geht: Einerseits gibt es zu wenig Arbeit – zu wenig, dass alle, die von ihr leben müssen, eine haben. Auf der anderen Seite gibt es zu viel – zu viel nach den Maßstäben derjenigen, die arbeiten lassen und entlassen... Das wirft schon wieder Fragen auf – die nach den Eigenarten des Verhältnisses von Arbeit und Geld nämlich. Mehr Arbeit für weniger Geld, das ist nach allgemeiner Auffassung die einzig denkbare Konsequenz des Sachzwangs, den alle Verantwortlichen im Munde führen – der „Globalisierung“.

Mit immer weniger Arbeitern sollen immer größere Gewinnansprüche bedient werden – das ist kein bewusstlos wirkendes Kapitalgesetz, das ist das bewusst gehandhabte Konkurrenzmittel, zu dem sich Standortpolitik heute bekennt. Marxisten erklären in diesem Buch einmal ganz ohne Blick in „Das Kapital“ wie und was produziert wird im System unserer globalen „Marktwirtschaft“. Dass sie dabei letztlich auf ähnliche Schlüsse über Lohnarbeit und Kapital kommen wie Marx, wird kaum verwundern. **GegenStandpunkt Verlag, 60 Seiten, 5.– €**, ISBN 978-3-929211-08-5

Sprüche und Widersprüche Volksverblödung durch Meinungsumfrage

„Der Streit ob, wer arm ist, selber Schuld hat, ist für die Deutschen längst entschieden: Missqualifikation bzw. Faulheit sind nur für 14 Prozent der Deutschen ausschlaggebend. ‚Mangel an Arbeit‘ und ‚Versagen von Staat und Wirtschaft‘ nennen hingegen 81 Prozent. Die Deutschen sind dabei, Wirtschaftssozialisten zu werden.“ (Klaus-Peter Schöppner, Leiter des Meinungsforschungsinstituts Emnid, zit. n. konkret 3/07)

Was meinen Sie ganz persönlich, warum es arme Menschen gibt?

(a) Weil sie zu blöd sind, beschäftigt zu werden;

(b) Sie sind arbeitslos, weil sie keine Arbeit haben; oder eher

(c) weil diejenigen, die ihren Erfolg auf Kosten der Arbeiter betreiben, was falsch gemacht haben?

Kreuzen Sie die richtige Antwort an; aber wenn Sie nicht die Armen bezichtigen, selber schuld zu sein, haben Sie nicht mehr alle Tassen im Schrank!

Buchtip

Wolfgang Möhl / Theo Wentzke: Das Geld

Von den vielgepriesenen Leistungen des schnöden Mammons

Geld muss man haben, nicht erklären; das versteht sich von selbst für lebenskluge Zeitgenossen. Wenn es am Geld etwas zu erklären gibt, dann, wie man am besten an möglichst viel davon herankommt; damit hat die praktische Vernunft des aufgeklärten Erwerbsbürgers auf alle Fälle schon genug zu tun.

Das ist fatal. Denn wer dem unausweichlichen Zwang, Geld zu verdienen, nur die Ermunterung entnimmt, ihm erfolgreich nachzukommen, der bleibt nicht nur in ein Zwangssystem der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verstrickt, das mit hochprozentiger Sicherheit auf seine Kosten geht. Der macht außerdem den gar nicht so unvermeidlichen Fehler, sich dazu kritik- und begriffslos affirmativ zu stellen. Da helfen dann auch kein Ärger und keine Beschwerden mehr über die unausbleiblichen Konsequenzen: über Stress beim Geldverdienen, über spärliche Verdienste, über hohe Preise und überhaupt über Mangel hier und obszönen Reichtum dort. Wer sich das Geld nicht erklären will, soll über dessen ungleiche Verteilung nicht jammern.

*

Wer sich das Ding erklären will, das auf die bekannte totalitäre Weise und durchaus nicht zum Nutzen der großen Mehrheit das Handeln, Trachten und Denken der Insassen des globalen marktwirtschaftlichen Irrenhauses beherrscht, der wird von der einschlägigen Wissenschaft schlecht bedient. Die steht so entschieden auf dem Standpunkt, der Geldwirtschaft sei ihr quasi selbsttätiges Funktionieren hoch anzurechnen, dass sie dem Geld die Funktion des universellen Vermittlers aller funktionalen Bestandteile der Geldwirtschaft attestiert und überhaupt nicht versteht, was es außer dieser Tautologie noch zu erklären geben könnte an einer Wirtschaftsweise, die alles Produzieren und Konsumieren, den Lebensprozess der Gesellschaft insgesamt, dem Sachzwang des Geldverdienens unterwirft. Weiterhelfen kann hier, ungeachtet ihres ehrwürdigen Alters von bald anderthalb Jahrhunderten, Marx' *Kritik der politischen Ökonomie*. Der Mann hat nicht bestritten, dass die kapitalistische Wirtschaft funktioniert; er hat das bloß nicht für einen Grund gehalten, sich die Überlegung zu ersparen, was da funktioniert. Dass ihm dann der Begriff des allgemeinen Äquivalents, das den Warenaustausch vermittelt, zur Kritik dieses ökonomischen Gegenstands geraten ist, liegt am Gegenstand: daran, dass das Geld ein gesellschaftliches Gewaltverhältnis vergegenständlicht und quantifiziert, dem die gesellschaftliche Arbeit unterworfen ist. Marx kommt das Verdienst zu, dass er sich weder durch verantwortungsvolle Voreingenommenheit für seinen Gegenstand noch durch methodische Vorüberlegungen von der Analyse des Geldes hat abhalten lassen – und schon gar nicht durch erkenntnistheoretische Bedenklichkeiten, ob die Enträtselung dieses Fetischs der bürgerlichen Welt überhaupt geht und wie sie allenfalls gelingen könnte.

*

Mit der letzteren geistigen Übung haben sich, sehr zum Nachteil ihres Wissens über die kapitalistische Ökonomie, viele Linke beschäftigt, die bei Marx Aufklärung über den gesellschaftlichen Zwangszusammenhang des Geldes gesucht haben, an dem die marktwirtschaftlich hergerichtete Menschheit laboriert. Sie haben die ersten drei Kapitel des 1. Bandes des *Kapital* studiert und glatt aus den Augen verloren oder gar nicht erst gemerkt, dass es der allgemein bekannte Alltag des kapitalistischen Betriebs ist, von dem diese Kapitel handeln, und dass an dem kein gutes Haar bleibt, wenn man ihn begreift und nicht wohlwollend danach beurteilt, dass man sich wunderbare Sachen kaufen kann, wenn das Geld reicht. Um in diesem Punkt die Aufmerksamkeit interessierter Zeitgenossen zu schärfen – also nicht, um Marx' Ableitung des Geldes zu verbessern oder zu ersetzen –, hat das Autorenkollektiv, das den *GegenStandpunkt* zu verantworten hat, schon in etlichen älteren Publikationen gegen den guten Ruf des Geldes polemisiert, in anderen Aufsätzen wichtige einzelne Argumente ausführlich dargelegt. Weil die geistige Lage der Nation, Linke und antikapitalistisch eingestellte Globalisierungskritiker eingeschlossen, nicht besser geworden ist, legen wir einige dieser Artikel in mehr oder weniger überarbeiteter Form wieder vor, ohne vor der Wiederholung zentraler Gedanken zurückzuschrecken – außer der Hoffnung, dass der eine oder andere Leser an einer Stelle merkt, was er an einer anderen überlesen hat, steckt keine tiefere Absicht dahinter. Der letzte Aufsatz über *Das Geld des Staates* geht über diesen Zweck einer Verständnishilfe für Marx' ominöse „Arbeitswertlehre“ dann ein Stück hinaus: Er behandelt Dinge, die Marx in seinen Büchern über den Staat und über den Weltmarkt abgehandelt hätte, wenn er zu denen noch gekommen wäre.

GegenStandpunkt Verlag, 162 Seiten, 15.– €, ISBN 978-3-929211-11-5

**Verkehrte Hoffnung auf eine ...
Fortsetzung von Seite 3, Spalte 2 unten**

können sie die Probleme lösen, noch wollen sie es. Daher halten wir einen politischen Ansatz für falsch, der mit guten Argumenten die Regierungen zu besserem Handeln bewegen möchte. Das ist naiv. Die Klima- und Energiepolitik lehrt, dass die Regierungen das bestehende, Ressourcen fressende Produktions- und Konsummodell nicht in Frage stellen.“ Warum sollten sie auch? Im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist der Erhalt von Ressourcen ein sachfremder Gesichtspunkt, und die Großmächte der Weltwirtschaft stehen total offensiv dafür ein, dass die Staatenwelt sich auf kapitalistisches Wachstum als ihre materielle Grundlage und entsprechend unverzichtbaren Teil ihrer Staatsräson festlegt. Wenn die „Klima- und Energiepolitik“ der Führungsnationen etwas „lehrt“, dann sind das ein paar Wahrheiten darüber, inwiefern diese Mächte mit dem Großverbrauch natürlicher Reichtumsquellen durch ihre heimische Wirtschaft ein Problem kriegen: wenn die Kosten der Beschaffung und Sicherung von Nachschub die nationalen Wachstumsziffern belasten. Dann kriegen sie nämlich Konkurrenzprobleme 1. mit ihresgleichen und 2. mit den Lieferanten. Die gehen sie sehr zupackend an, fest entschlossen, anderen Nationen verbindliche Beschränkungen aufs Auge zu drücken. Die radikalen G8-Kritiker aber scheinen ernsthaft die Frage zu wälzen, warum die für alles zuständigen Regierungen „besseres Handeln“, das eigentlich ansteht und jedermann als fällig einleuchten müsste, nicht an den Tag legen. Jedenfalls geben sie darauf, andeutungsweise, eine Antwort, die so verkehrt ist wie die Frage:

„Eine andere Klimapolitik würde heißen, sich hierzulande massiv mit der Industrie anzulegen – und mit dem Konsumverhalten einer großen Anzahl von Wählern.“

Aus Schwäche, aus Opportunismus, aus wahltaktischer Berechnung, womöglich erpresst durch die Macht der Industrie, mit populistischem Blick auf eine konsumsüchtige Bevölkerung unterlassen die Verantwortlichen das Notwendige: In dieser Diagnose sind sich die Radikalen mit dem Mainstream der Protestbewegung wieder einig. Radikaler sind sie insofern, als sie nicht an die Politiker appellieren, sondern sie zur Problemlösung zwingen wollen. Witzigerweise soll das durch den Einfluss der „Menschen“ geschehen, denen sie als wählenden Konsumenten gerade einen negativen Einfluss auf die Politik zugesprochen haben:

„Wenn die Botschaft in einer breiteren Öffentlichkeit ankommt, dass die Regierungen der G8 nicht Verbündete sind, sondern Teil des Problems, dann wirkt das für viele Menschen politisierend und öffnet Räume für eine andere Politik – mittelfristig auch für eine andere staatliche Politik.“

Letztendlich sind es also doch wieder die als Verursacher kritisierten Staaten, die die „enormen Probleme der Welt“ richten sollen.

Neben dem Vorwurf des Versagens vor den selbst geschaffenen Weltproblemen fällt der Protestbewegung noch ein anderes Argument gegen die G8-Regierungen ein, das sie für besonders gewichtig hält, weil damit das ganze Gipfeltreffen in die Grauzone der Illegitimität rückt:

„Die Gruppe der 8 ist eine Institution ohne Legitimation. Dennoch trifft sie als selbsternannte informelle Weltregierung Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen.“ (G8 blockieren...)

Da treffen sich die Chefs der mächtigsten Nationen, die eine ganze Weltordnung bestimmen, und die Protestbewegung schmettert ihnen das Verdikt entgegen: „Das hat euch niemand erlaubt!“. Wer, bitte schön, außer ihnen selbst, hätte sie denn legitimieren sollen? Wer verteilt die Lizenz für Imperialismus? Die Opfer vielleicht? Oder die UNO – also die Organisation, die von den Wichtigsten der G8 selber gegründet worden ist, schon damals in der Absicht, den Globus besser unter Kontrolle zu kriegen, und in der die Großen nach wie vor das Sagen haben? Statt deren Legitimation zu vermissen, sollte man sich besser fragen, woher die G8 ihre Macht zu Entscheidungen haben, „die die gesamte Menschheit betreffen“. Dann könnte man bemerken, dass diese Menschheit nicht als missachtete Legitimationsinstanz, sondern als handfest benutzte materielle Basis eingebaut ist in den Imperialismus ihrer Nationen. Gerade für die Länder, in denen die Wortführer der Protestbewegung zu Hause sind, gilt: Es ist der funktionierende Kapitalismus daheim, der wirtschaftliche Er-

folg des Kapitals und die tägliche Arbeit der kleinen Leute fürs notwendige Geld, aus der die Staatsmacht die Mittel bezieht, mit denen sie die Welt ihrem Nationalinteresse an Wirtschaftswachstum gefügig macht. Und es sind die verkehrten Berechnungen der Staatsbürger, die sich noch in der größten Unzufriedenheit auf die staatliche Politik als Instanz zur Lösung aller Probleme beziehen, die es den Regierenden so leicht machen, ihre Völker als verlässliche Grundlage auch für ihre weltpolitische Handlungsfreiheit zu benutzen. Diese Dienste aufzukündigen wäre also der Weg dahin, den Verursachern der „Weltprobleme“ das Handwerk zu legen.

Die Kritik der Protestbewegung dagegen beruft sich auf allgemein akzeptierte idealistische Phrasen, prangert deren mangelnde Berücksichtigung in der Welt an und will so die Herrschenden ins Unrecht setzen. Damit erreicht sie (ungewollt?), dass die Machthaber genau davon profitieren: Sie werden an höchsten Werten gemessen, als wäre deren Verwirklichung der eigentliche Auftrag ihrer Gewalt. Auf der anderen Seite haben die Titel, mit deren Beschwörung die G8-Kritiker die herrschenden Figuren und „Strukturen“ delegitimieren möchten, den tieferen Sinn, ihre Einwände zu legitimieren. *Protestieren ist gerechtfertigt* – das ist die Botschaft, auf die es ihnen ankommt.

IV.

Mit der Gewaltfrage wird der Protest praktisch und theoretisch erledigt

Damit stößt die Bewegung allerdings auf eine Staatsmacht, die ihren Kritikern mit aller Gewalt die umgekehrte Rechnung aufmacht: Sie definiert die Grenzen der Legitimität von Kritik und Protest. Das tut sie so, wie es sich für einen demokratischen Rechtsstaat gehört: Erst kommt die Gewalt, dann die Wertedebatte, die dazu passend ausfällt. Zuerst setzt der Gewaltmonopolist seine *sicherheitspolitischen Fakten*, baut einen Zaun, erteilt Auflagen für Demonstrationen, geht im Vorfeld gegen potentielle Störer vor, und zwar gleich mit dem dicken Prügel des Terrorismus-Verdachts, mobilisiert Tausende von Polizisten mit paramilitärischer Ausrüstung usw. Mit all dem beschäftigt die Regierung ausgiebig eine freie Öffentlichkeit, die die Sicherheitsproblematik viel interessanter findet als die Probleme der G8-Gegner und die Agenda des Gipfels selber. Intensiv werden Notwendigkeit, Effizienz und Kosten der Schutzvorkehrungen und die Gefahr, die von einer „gewaltbereiten Minderheit“ ausgehen könnte, problematisiert. So wird der Protest ausschließlich als Überwachungsproblem behandelt. Das ist die solide Prämisse für die „geistige Auseinandersetzung“ mit ihm, die ebenfalls nur um ein Thema kreist: Wie stehen die Gipfelgegner zur Gewalt? Sind sie brav und friedlich? Dann geht ihr Protest in Ordnung. Dass er friedlich und ordentlich vonstatten geht, ist die ganze Botschaft, die überhaupt Beachtung findet. Und die Kritiker selber steigen in ihrem Bemühen, die Berechtigung ihres Protests zu beweisen, auf die Vorgaben der Staatsmacht ein und diskutieren heftig mit über die Demonstrationsfreiheit und ihre Schranken.

Hält sich dann der Protest im Rahmen des Erlaubten, so adelt das auch und vor allem die Staatsmacht, die das Gleichgewicht getroffen hat zwischen Sicherheit für die G8 und Freiheit fürs Demonstrieren und damit einmal mehr bewiesen hätte, wie gut eine demokratische Herrschaft sich mit Kritik verträgt und wie wenig sie schon allein deswegen welche verdient. Sogar wenn manche staatliche „Überreaktion“ zu beklagen ist, stellt das ein gutes Zeugnis für die Staatsmacht aus, weil ihr damit bescheinigt wird, dass ein brutales Vorgehen bei ihr nie und nimmer *wirklich* im Programm ist.

So macht der Rechtsstaat den G8-Kritikern vor, wie Delegitimierung funktioniert – und wie perfide eine Demokratie sich unliebsamer Kritik zu entledigen weiß. Praktisch und auch theoretisch wird Protest der Frage subsumiert, wie er es mit der Gewalt hält, und ist damit auch schon erledigt. Denn entweder beweist er mit seiner Polizeiwidrigkeit, dass er – also auch sein Inhalt – unzulässig ist; oder sein Inhalt geht auf in dem Beweis, dass er der Obrigkeit den Respekt nicht kündigt.

Gekürzte Fassung aus GEGENSTANDPUNKT 2-07

Diskussionsveranstaltung der SG in Erlangen

Heiligendamm – Ein Lehrstück über die „Demonstrationsfreiheit: eines der höchsten Güter unserer Demokratie“ (Ex-Innenminister Baum)

Als kürzlich anlässlich des EU-Russland-Gipfels in Samara/Russland Demonstranten sich beschwerten, weil sie nicht zugelassen wurden, löste dies hierzulande Empörung aus über Behörden, die „versuchen, Kritiker und Demonstranten ... einzuschüchtern, die Büros von Medien und Nicht-Einverstandenen durchsuchen“. Die deutsche Bundeskanzlerin sah sich genötigt, Putin zu „drängen, dass sich auch kritische Stimmen artikulieren können müssen“. Schade, dass die Teilnehmer des jüngsten G8-Gipfels so sehr abgeschieden waren, dass sie von dem Drumherum des Gipfels absolut nichts mitbekamen. Putin jedenfalls hätte in Heiligendamm lernen können, wie man das macht: einen absolut störungsfreien Gipfel ohne Demonstrationsverbot zu organisieren. Oder anders: Wie man staatliche Sicherheitsbedürfnisse und Bürgerprotest demokratisch-rechtsstaatlich unter den rechten Hut bringt.

In Heiligendamm ging das so:

1. Hinsichtlich der angekündigten und genehmigten Demonstrationen rechnete der Staat erst einmal **mit allem**. D. h. er belegte die Demonstrationen mit einem grundsätzlichen **Gewaltverdacht**, so dass es sich zu wappnen galt.

– Zuerstlerst präventiv, weswegen im Vorfeld der Ereignisse schon mal mit Hausdurchsuchungen etc. gegen potenzielle Störer vorgegangen wurde, um „terroristischen Anschlägen“ zuvorkommen.

– Vor Ort wurden sicherheitspolitische Fakten geschaffen: Um den Tagungsort wurde weiträumig ein Zaun gebaut; vor dem Zaun wurden noch eine zusätzliche Bannmeile und andere No-go-Areas für Protestierer ausgewiesen.

– Zum Schutz von alledem wurden dann Tausende von Polizisten mit dem nötigen Gerät (einschließlich Hundestaffeln) mobilisiert. Ideal dabei: Manndeckung – also 1:1, ein Polizist : ein Demonstrant.

2. Auf dem so aufbereiteten Terrain durften Kritiker und Protestierer dann demonstrieren, auf Schritt und Tritt begleitet von Polizisten, damit sie nicht vom rechten Weg abkamen. Falls die in Anschlag gebrachte staatliche Gewalt einmal keine abschreckende Wirkung hatte, wurde „zurück“ geschlagen. Feinsinnige Unterscheidungen zwischen „friedlichen“ und „gewaltbereiten“ Demonstranten konnten dabei nicht gemacht werden, weil „die Gewalttäter sich in der Menge versteckten“. Ganz nebenbei hatte das auch noch einen nützlichen Effekt. Jedem wurde vor Augen geführt, dass er in den Genuss des schönen Demonstrationsrechts nur kommt, wenn er sich von „Gewalttätern“ distanziert. Oder noch besser: Wenn er als Protestierer mit der Polizei kooperiert beim Dingfestmachen solcher Leute – wie es Innenminister Beckstein für angebracht hält.

3. Nicht zu unterschätzen ist am Schluss auch noch die Rolle der „4. Gewalt“, der zur Demokratie gehörenden freien Öffentlichkeit. Abgrundtief kritisch, wie sie nunmal ist, hielt sie sich gar nicht bei den Inhalten des Protestes oder auch der Agenda des Gipfels auf. Was interessierte, war allein die Sicherheitsproblematik: Reichen die staatlichen Sicherheitsvorkehrungen? Sind sie überzogen? etc. Und am Protest interessierte allein: Wie hält er es mit der Gewalt? Damit war der Protest auch theoretisch unter die Gewaltfrage subsumiert, wie sie der Staat praktisch aufgemacht hatte. Der Protest ging in Ordnung, sofern er der Obrigkeit den Respekt nicht aufkündigte. Polizeiwidrigkeiten setzten ihn per se ins Unrecht.

Man sieht, Putin hätte in Heiligendamm einiges lernen können.

Andererseits: An alledem kann man auch einiges über die Demokratie und ihre höchsten Güter wie Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht lernen.

Mittwoch, 11. Juli 2007, 20.00 Uhr
Turnstr. 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen
Diskussionstermin in Nürnberg: regelmäßig dienstags, 20 Uhr,
Desi, Brückenstr. 23, Themen siehe Website

www.sozialistichegruppe.de

GEGENSTANDPUNKT 2-07

1. Vom staatsgefährdenden Klassenkampf zum gewerkschaftlichen Ritual
Die Lohnfrage – einst und heute

2. Österreich

Wie der Österreichische Gewerkschaftsbund einmal beinahe pleite gegangen wäre
3. Zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm

Radikale Anklagen, bescheidene Alternativen, verwegene Anträge: Antiimperialismus heute – und wie der Rechtsstaat damit umspringt

4. EU 2007 – Fortschritte und Verlegenheiten des Projekts ‚Weltmacht Europa‘

5. Krise bei Airbus

Streit um die Fortschreibung einer europäischen Erfolgsgeschichte

6. Menschheitskatastrophe Klimawandel
Was das Klima so alles von „uns“ verlangt

7. Nächster Akt des Stücks ‚Einen neuen Kalten Krieg will doch wirklich keiner‘

Ein Teil der amerikanischen Raketenabwehr geht in die russische Nachbarschaft – und was regen sich die Russen so künstlich auf?

Chronik – kein Kommentar!

(1) Reform des Bleiberechts:

Wie sich geduldete Asylanten ihre Nicht-Ab-schiebung durch Arbeitsamkeit verdienen können

(2) Undank ist der Welten Lohn: Zur Affäre um gekaufte Betriebsräte bei Siemens

Von wegen „ohne angemessene Gegenleistung“

Von wegen „Untreue zu Lasten der Firma“

Warum also die Aufregung?

(3) Katholischer Bischof vs. christdemokratische Familienministerin:

„Gebärmaschine“? Nein – selbstbestimmter „Lebensentwurf“!

(4) Schäuble und der technische Fortschritt machen Deutschland immer sicherer:

Was ist los? Eigentlich nichts!

(5) Die iranisch-britische „Geisellaffäre“ in der deutschen Presse:

Eine Sternstunde demokratischer Meinungsbildung über den „Problemstaat“ Iran

1. Die Festnahme der 15 britischen Marine-soldaten: eine verbrecherische „Geiselnahme“

2. Der Iran und seine Führung: ein von Machtkämpfen geprägter „undurchsichtiger Geisellbasar“

3. Die Vorführung der Gefangenen: ein miserabel gemachter „stalinistischer Schauprozess“

4. Die Freilassung: ein „groteskes und lächerliches Kostümdrama“

(6) Denkmalstreit in Estland: Europa diskutiert seine „Geschichte“

Anträge zur Umwandlung des sowjetischen Siegs über den Faschismus in eine russische Niederlage

(7) Israel, von einem „politischen Erdbeben“ erschüttert, zieht die Lehren aus dem Libanon-„Feldzug“:

Der nächste Krieg wird wieder ein echter 6-Tage-Klassiker!

Im Buchhandel erhältlich:

Edelmann, Fürther Freiheit 2A, 90762 Fürth

Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg

Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg

Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

Bestellungen beim GegenStandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05

gegenstandpunkt@t-online.de